

In Kürze

SELZACH

Ruth Bur

Da auch Selzach ab dem 1. Januar 2009 der Sozialregion Oberer Leberberg angeschlossen ist, hatte die Gemeinde ein Mitglied für das neue Gremium zu bestimmen. Der Gemeinderat wählte Ruth Bur. Als Ersatzmitglied bestimmte er Luzia von Däniken. **wml**

SELZACH

Ein Tandem

Der Gemeinderat hatte auch zwei Gesuche um finanzielle Beiträge zu behandeln: Die Tandemgruppe Solothurn und Umgebung, welche es blinden und sehbehinderten Menschen durch Tandemfahren ermöglicht, sportlich aktiv zu sein und die Gemeinschaft zu erleben, will wegen der grossen Nachfrage im Oberen Leberberg ein weiteres Gefährt anschaffen. Der Gemeinderat stimmte diesem Gesuch zu. «Ich werde noch mit meinen Amtskollegen Boris Banga in Grenchen und Hans Kübli in Bettlach reden, es wäre schön, wenn wir drei Gemeinden zusammen ein solches Tandem finanzieren könnten», erklärte Gemeindepräsident Viktor Stüdeli. Die Anschaffung käme auf rund 5000 Franken zu stehen. Das Wohnheim Kontiki erhält 1000 Franken an die Finanzierung seines geplanten Neubaus in Subingen. **wml**

GERLAFINGEN

Neuer Bus für Pro Infirmis

Die Tagestätte für körperbehinderte Erwachsene in Gerlafingen erhielt einen neuen Transportbus. 16 lokale Firmen haben diese Anschaffung mit ihrem gemeinsamen Sponsoring ermöglicht. **mgt**

BALOISE BANK SOBA

Zinssenkung

Die Baloise Bank SoBa und die Basler Versicherungen reduzieren den Richtsatz für variabel verzinsliche Hypothekendarlehen auf Wohnbauliegenschaften um 0,25 Prozent auf 3,0 Prozent bei der Baloise Hypothek Time Fix und auf 3,25 Prozent bei der Baloise Hypothek. Für neue Darlehen gilt die Zinssenkung ab sofort, für bestehende Hypotheken ab 1. April 2009. **mgt**

TURNEN

Lochinger folgt auf Huber

Abteilungsleiter Bruno Huber konnte zum Kurs in der neuen Sporthalle Haulismatt, Balsthal, 86 Oberturner und Riegenleiter begrüßen. Mehrere Instrukto- ren machten sie mit neuen Geräten und Hilfsmitteln vertraut. Nach dem von der Männerriege Balsthal servierten Nachtessen folgte die 75. Präsidenten- und Oberturnerkonferenz. Alle bisherigen Mitglieder wurden in globo wiedergewählt. Mit einer einzigen Ausnahme: Nach elfjährigem Wirken und neun Jahren als Abteilungsleiter hatte Bruno Huber demissioniert. Zu seinem Nachfolger wurde Hans-Peter Lochinger aus der Männerriege Niedererlinsbach nominiert. Offiziell gewählt wird er an der Delegiertenversammlung. Bruno Kunz würdigte die ausserordentlichen Verdienste des abtretenden Bruno Huber. **mgt**

Am 30. November stimmen die Solothurner über eine Änderung der Kantonsverfassung ab: Die Finanzbefugnisse des Regierungsrates sollen erhöht werden. Ein Schlagabtausch.



PRO

Beat Loosli

FdP-Kantonsrat und Mitglied der Finanzkommission, Starrkirch-Wil

Gleichgewicht wird wieder hergestellt

FÜR DIE GEGNER der Vorlage bedeutet die Erhöhung der Finanzbefugnisse mehr «Sackgeld» für unnötige Ausgaben wie längere Reisli oder für Gefälligkeitsgutachten von Experten. Mit anderen Worten: Der Regierung sei nicht zu trauen und deshalb sei sie an kurzer Leine zu führen! Gibt der Kantonsrat weitere Kompetenzen ab?

FÜR MICH BEDEUTET die Vorlage, dass das Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Kompetenzen auch in finanzpolitischer Hinsicht wieder hergestellt wird! Die zurzeit gültige Regelung ist seit Inkrafttreten der neuen Verfassung 1988 nicht mehr angepasst worden. Demgegenüber wurde die Finanzkompetenz des Kantonsrates 1998 erhöht. Im Parlament gelten für das obligatorische Referendum die Grenzen von 500 000 Franken (jährlich wiederkehrend) respektive 5 Mio. Franken (einmalig). Demgegenüber steht die aktuelle Vorlage, welche die Finanzkompetenz für die Regierung auf 50 000 Franken (jährlich wiederkehrend) respektive 250 000 Franken (einmalig) anheben möchte. Mit Blick auf diese Finanzkompetenzen kann klar eine «unstatthafte» Verschie-

bung von Kompetenzen von der Hand gewiesen werden. Das Gleichgewicht zwischen Parlament und Regierung bleibt erhalten!

SEIT DER ERHÖHUNG der Befugnisse des Kantonsrates im Jahr 1998 ist auch in finanzpolitischer Hinsicht im Kanton Solothurn einiges in Umbruch geraten. Mit der Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) wurde ein neuer Weg im Finanzhaushalt beschritten. Es wird von Leistungen und Wirkungen gesprochen und von Koppelung dieser mit Finanzen. Mit anderen Worten: Keine Finanzen ohne Leistung und keine Leistung ohne Finanzen! Die Regierung ist gefordert, in diesem Umfeld im wahrsten Sinne zu regieren! Dies geht jedoch nicht ohne die entsprechenden Kompetenzen – auch in finanzpolitischer Hinsicht. Auch in diesem Zusammenhang wird mit der aktuellen Vorlage das Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Kompetenzen wieder hergestellt.

IN DIESEM SINNE ist am 30. November ein klares Ja für die Vorlage gerechtfertigt.



KONTRA

Georg Hasenfratz

alt Kantonsrat und Präsident der SP Bezirk Olten

Unnötig und schädlich

IST DIESE SOGENANT «unbestrittene» Vorlage so vernünftig und sinnvoll, wie sie angepriesen wird? Nein, das ist sie nicht. Die Regierung möchte mehr Sackgeld nach dem Motto: wir haben viel weniger als die anderen und wir wollen doch effizient und zeitgemäss sein. «Anderere haben auch» ist aber weder in der Erziehung noch in der Politik ein gutes Argument. Die geplante Verfünfachung (!) der Ausgabenkompetenz ist überrissen, unnötig und demokratiepolitisch falsch.

ES KONNTEN KEINE konkreten Beispiele genannt werden für Fälle, in denen die Regierung mit der jetzigen Regelung eingeschränkt oder sogar handlungsunfähig gewesen wäre. Unsere Kantonsregierung und der Staat Solothurn funktionieren einwandfrei mit der jetzigen Ausgabenlimite. Eine Änderung ist sachlich nicht nötig. Eine höhere Finanzkompetenz führt zu mehr und unkontrolliertem Geldausgeben. Das wollen wir nicht. Grundsätzlich ist die Exekutive ausführendes Organ. Das Parlament beschliesst über das beantragte Budget. Für wirklich Unvorhergesehenes hat die Regierung schon heute einen Notbatzen und

sie kann jederzeit ans Parlament gelangen oder auch einen Nachtragskredit verlangen. Das muss genügen.

REGIERUNG und Verwaltung drängen danach, Aufgaben wahrzunehmen oder zu erfinden, die in keinem Gesetz stehen. Vom Legalitätsprinzip her ist das sehr problematisch. Mit einer höheren Finanzkompetenz wird das Geld sicher auch ausgegeben und es wird Politik vorgespurt. Die Regierung wird in Zukunft nicht nur längere Reisli machen können, sie wird zum Beispiel auch mehr externe Experten anstellen, die mit Gutachten untermauern, was die Regierung durchdrücken will. Mit 250 000 Franken im Einzelfall – und mit ein paar Einzelfällen geht das schnell in die Millionen – kann man allerdings Ausgaben und Pilotprojekte eigenmächtig beschliessen und vollendete Tatsachen schaffen, ohne dass man einen Auftrag erhalten hat. Effektiv führt diese Kompetenzerweiterung zu mehr Verwaltungs- und Regierungsmacht und das ist aus demokratiepolitischer Sicht gefährlich und falsch. Auch deshalb ist ein besonnenes Nein gerechtfertigt.



SCHLOSS WALDEGG

Esther Gasslers feuriges Votum

Vor den Gemeindevertretern outete sich Frau Landammann Esther Gassler als glühende Anhängerin des Milizsystems.

«Im Hintergrund leisten sie stille Arbeit, in der Öffentlichkeit gehen sie oft vergessen»: Frau Landammann Esther Gassler lud

gestern Vertreter aller Solothurner Einwohnergemeinden zu einem Begegnungsanlass auf Schloss Waldegg ein. «Sie engagieren sich für das Gemeinwohl unserer Gesellschaft. Die meisten von Ihnen leisten diese Dienste nicht hauptberuflich, sondern nebenamtlich.»

Die Volkswirtschaftsdirektorin sprach den Anwesenden ih-

ren Dank aus und outete sich als glühende Anhängerin des Milizsystems. «Das ist eine Schweizer Spezialität, tief im Volk verankert.» Ohne Milizprinzip gäbe es in der Schweiz keine Feuerwehr, keine Behörden, keine Vereine und überhaupt keine Freiwilligenarbeit. Und diese Tradition gelte es zu bewahren. «Verschiedene Ein-

flüsse tragen dazu bei, dass der Dienst an der Gemeinschaft nicht mehr so hoch im Kurs steht», so Gassler. Als Beispiel nannte sie «namhafte Unternehmungen» in der Schweiz, die nicht mehr bereit seien, ihren Mitarbeitenden den nötigen Freiraum für ein politisches Amt zur Verfügung zu stellen. Und das mache ihr Sorgen. **PHM**

FUSSBALLVERBAND

Feuz muss gehen

Aufgrund unterschiedlichen Vorstellungen trennt sich der Solothurner Fussballverband von seinem technischen Leiter.

Der Solothurner Kantonal-Fussballverband (SKFV) trennt sich von seinem technischen Leiter Rolf Feuz. Dies teilte der Verband gestern mit. Die technischen Anforderungen und die administrativen Arbeiten befänden sich in einem grossen Umbruch, so der Verband. Die Vorstellungen und Vorgaben des SKFV deckten sich in diversen Bereichen nicht mehr mit denjenigen von Feuz.

Auf Anfrage konkretisiert SKFV-Präsident Roland Stampfli, dass der Technische Leiter «zu wenig versiert sei» und plane ein neues Junioren- und Sponsoringkonzept, das entsprechende Vor- und Überzeugungsarbeiten nötig mache. Dies sei nicht die Stärke von Rolf Feuz. «Er hat ein grosses Wissen in Sachen Training und ist ein ausgezeichnete Trainer», lobt Stampfli. Die administrative Arbeit liege ihm weniger. Der Vorstand hat sich daher entschlossen, das Arbeitsverhältnis mit dem technischen Leiter per 30. Juni 2009 aufzulösen. **MGT/ST**

SELZACH

Grüngut vors Volk

Der Gemeinderat Selzach will die Zustimmung der Bevölkerung zur geplanten Einführung der Grüngut-Abfuhr abwarten.

An einer früheren Sitzung beschloss der Gemeinderat Selzach, ab dem kommenden Jahr die Grüngut-Abfuhr einzuführen. Eine Möglichkeit hätte auch darin bestanden, das Grüngut in der Deponie von Landwirt Eduard Flury abzulagern. Der Rat lehnte das ab, da in der Landwirtschaftszone keine Deponien mehr betrieben werden können. Eduard Flury, der damals nicht anwesend war, ging nun mit seinen Ratskolleginnen und Ratskollegen hart ins Gericht. «Ich habe keine Deponie, sondern eine geordnete Gründgutanlage mit Kompostierung», meinte Flury sichtlich erregt. Und diese Feldrand-Kompostierung könne er als Nebenerwerb in der Landwirtschaftszone betreiben. «In die Drainageröhre kann auch nichts einsickern, der Kompost ist trocken und gedeckt und die Drainageleitungen sind mindestens 15 Meter vom Rand des Feldes weg eingelegt», meinte Eduard Flury.

Bau- und Werkverwalter Thomas Leimer beurteilte die Lage anders, für ihn ist eine solche Anlage nach den geltenden Vorschriften baubewilligungspflichtig und muss in der Bauzone liegen. «Es kann zudem nicht ausgeschlossen werden, dass Wasser aus der Kompostieranlage ins weitverzweigte Drainagesystem abfließt», erklärte er.

Der Gemeinderat beschloss, die Gemeindeversammlung und die Teilrevision des Reglements über das Abfallwesen abzuwarten. «Die Bau- und Werkverwaltung verfasst dann einen Antrag über Durchführung der Grüngutabfuhr», sagte Stüdeli. **WML**